

# Wie die Privatisierung in der Bildung sich weiter ausbreitet – eine Analyse

## IFEN im Umbau



Das Lehrerweiterbildungsinstitut IFEN wird dieses Jahr eine neue Führungsspitze bekommen und damit wohl auch eine neue strategische Ausrichtung. Der Gesetzentwurf 7658 und der frisch aus der Privatwirtschaft rekrutierte Generalsekretär deuten an, in welche Richtung es gehen könnte. Foto: Gerry Huberty

POLITIK & GESELLSCHAFT / MICHÈLE GANTENBEIN

Die Diskussion um die vermeintliche Privatisierung des öffentlichen Dienstes geht jetzt erst richtig los. Die CGFP hat das Thema zur Chefsache erklärt und ein Schlichtungsverfahren gegen die Regierung eingeleitet. Sie bekommt Rückendeckung vom OGBL. Dessen Unterorganisation SEW sucht den Schulterschluss mit der Apess und anderen Vertretungen, um sich im Bildungsbereich gegen die Privatisierung zur Wehr zu setzen. Am Mittwoch findet eine öffentliche Anhörung zum Thema im Parlament statt.

Was der CGFP nicht gefällt, ist, dass Direktionsposten beim Staat mit Vertretern aus der Privatwirtschaft besetzt werden, obwohl es – nach Ansicht der Staatsbeamtengewerkschaft – im Staatsdienst genügend geeignete Kandidaten gibt.

Das Gesetz sieht die Möglichkeit vor, Führungsstellen beim Staat mit Personen zu besetzen, die nicht dem Staatsdienst angehören – in Ausnahmefällen. Nun soll die Praxis verallgemeinert werden. Deutlich wird dieses Vorhaben an drei Gesetzentwürfen (7662, 7658 und 7708), die den Zugang zu leitenden Funktionen in spezifischen Schulen und staatlichen Einrichtungen öffnen. Die Staatsbeamten sehen sich ihrer Karrierechancen beraubt und die Gefahr, dass politische Günstlinge nach Belieben im Staatsdienst platziert werden.

### **Umbau in kleinen Schritten**

Die Regierung will von dem Diskurs nichts hören – speziell Claude Meisch (DP) nicht. In einem Interview auf Radio 100,7 spielte der Bildungsminister das Phänomen herunter: „Man muss schauen, was man darunter versteht. Privatisierung der Schule, das klingt fast so, als würden wir eine Anzeige schalten, um Investoren zu finden, die in unsere Lyzeen investieren, sie aufkaufen und als Privatunternehmen führen.“ So geht der Minister natürlich nicht vor. Seine Vorgehensweise ist subtil. Der Umbau erfolgt in kleinen Schritten, im Verborgenen, und ist deshalb schwer zu greifen. Der Gesetzentwurf 7662, den er vorerst zurückziehen ließ, sowie der Gesetzentwurf 7658 wurden beide im Alleingang und ohne Not ausgearbeitet und im Parlament hinterlegt – wohl in der Hoffnung, dass sie im Corona-Gewimmel durchgewunken werden.

Meisch ist bis heute den Beweis für die Notwendigkeit, insbesondere des Gesetzentwurfs 7662, schuldig geblieben. Er gründet auf der Behauptung, es sei schwierig, unter den aktuellen Rekrutierungsbedingungen geeignete Kandidaten zu finden. Wie der Minister am 9. Januar auf Radio 100,7 erklärte, sei der Gesetzentwurf im Sommer „an der Hetz entstan“, weil man einen Direktorenposten (LTPES) über dieses Gesetz besetzen wollte. Doch wie kann er im Sommer wissen, dass er keinen geeigneten Direktor findet, wenn der Posten noch gar nicht ausgeschrieben worden ist? Wer so vorgeht, darf sich nicht wundern, wenn wache Menschen den Verdacht hegen, dass der Posten für eine Person bestimmt war, die die aktuellen Bedingungen nicht erfüllt.



Den Gesetzentwurf 7658 hat er nicht zurückgezogen. Er sieht vor, den Zugang zu leitenden Funktionen in drei wichtigen Bildungseinrichtungen für Vertreter der Privatwirtschaft zu öffnen, darunter das Institut de formation de l'éducation nationale (IFEN). Dort findet seit geraumer Zeit ein größerer Umbruch statt. Angefangen hat er im April 2020 mit dem Wechsel von Script-Vizedirektor Christian Lamy ans IFEN. Er ist dort beigeordneter Direktor und hat zusammen mit Script-Direktor Luc Weis den Gesetzentwurf 7658 geschrieben. Im November kündigte Danièle Stammel nach vier Jahren im Amt überraschend ihren Rücktritt als beigeordnete Direktorin an, bleibt dem IFEN aber als Chefin des Stage im Secondaire erhalten. Auch Camille Peping tritt zurück. Der Direktor wird im August in Rente gehen, obwohl sein Mandat erst im Herbst 2022 ausläuft. Damit ist der Weg bald frei für eine neue Spitze und eine neue strategische Ausrichtung des Instituts.

Unterstützung bekommt die neue IFEN-Leitung vom frisch aus der Privatwirtschaft rekrutierten Generalsekretär. Seit dem 15. Dezember ist er im Amt. Der Posten ist neu. Die Zulassungsbedingungen erfüllt er nur bedingt. Der Mann ist nicht Jurist und beherrscht kein Luxemburgisch. Seinem Linked-in-Profil zufolge hat er einen Master in allgemeinen Finanzen, war im Bankenwesen und diversen Unternehmen tätig, darunter Ernst & Young.

### **Rekrutierung wirft Fragen auf**

Dass er nicht alle Bedingungen erfüllt, soll nicht bedeuten, dass er für den Job ungeeignet wäre. Aber die Rekrutierung wirft Fragen auf. Der Mann wurde aus sieben Kandidaten ausgewählt, weil seine Aufgabenfelder im Unternehmensbereich vergleichbar seien mit denen beim IFEN und er tiefgreifende Kompetenzen in diesen Bereichen habe, so das Bildungsministerium. Was es nicht erwähnt: Es gab vorher bereits eine Ausschreibung. Das räumte das Ministerium erst im Nachhinein ein. Wie viele Kandidaturen eingegangen sind, wollte es nicht sagen. Nur, dass kein Kandidat dem erwarteten Profil ganz entsprochen habe. Wie aus verlässlicher Quelle zu erfahren war, sind im Juli 17 Kandidaturen eingegangen. Dass keine dem gesuchten Profil entsprochen haben soll, ist erstaunlich.

Noch ist unklar, in welche Richtung das IFEN steuern wird, aber vieles deutet darauf hin, dass sich die Einrichtung zunehmend für private Anbieter öffnen und die Weiterbildung der Lehrer mehr und mehr an gewinnorientierte ausländische Firmen ausgelagert wird. Es wäre ein weiterer großer Schritt in Richtung Ökonomisierung der Bildung.